

CHRISTOPH BLOCHER

Einheitsbrei: Was denkt Christoph Blocher heute über die Presse und deren Exponenten? Genau vor einem Jahr hat der Justizminister an der Verlegertagung eine kämpferische Rede gehalten, in welcher er den angeblichen “publizistischen Einheitsbrei” anprangerte. Blochers Befund überrascht: Die Schweizer Medien hätten sich im vergangenen Jahr stark verbessert. Gegenüber “persönlich” erzählt Blocher von seinem Medienverhalten und seinen Lieblingstiteln.

Interview: **Matthias Ackeret** Fotos: **Alberto Venzago, SF DRS**

Herr Blocher, hat sich seit Ihrer Rede an der Tagung des Verbandes der Schweizer Presse etwas geändert?

“Ich stelle bescheidene Anzeichen einer erfreulichen Änderung fest. Vor allem Wochenzeitungen – ich denke hier an die Weltwoche, das Magazin des Tages-Anzeigers oder Facts – bemühen sich, – auch thematisch – aus dem Einheitsbrei auszubrechen. Auch bei der Tagesschau des Fernsehens ist mehr Seriosität und Offenheit festzustellen. Diese Journalisten tun das sicher nicht wegen meines Referates, sondern weil sich immer mehr Menschen nach objektiver Berichterstattung und verschiedenen Meinungen sehnen.”

Woran liegt das?

“Die Zeiten haben sich geändert. Das politische Klima ist weniger verkrampft als noch vor drei, vier Jahren. Es wird wieder offener diskutiert und kritisiert. Eine wichtige Rolle spielt die EU-Beitrittsfrage. Wer in den Neunzigerjahren einen Beitritt ablehnte, galt als politisch unkorrekt, als Hinterwäldler, dumm und – vor allem – moralisch verwerflich, während auf der Gegenseite die ‘Guten’ standen, welche die Zeichen der Zeit erkannt hätten. Diesem Trend hatten sich – wie ein Mann – die Medien verschrieben. Die political correctness hat lange die EU zum Leitbild, ja zum Götzen erklärt. Wer für die Selbstständigkeit des Landes eintrat, galt als Aussenseiter, als Isolationist. Heute weigern sich innerlich immer mehr Journalisten, diese stupide Meinung weiterzubreiten. Wenn es ihnen erlaubt wird, beginnen sie auch freier zu schreiben. Selbst beim Tages-Anzeiger, der jahrelang eine doktrinaire Linie verfolgt hat, spüre ich, dass zumindest einzelne Journalisten aus der political correctness auszubrechen wagen und heute offener über Zeitprobleme

schreiben als noch vor einigen Jahren. Hoffnungsvolle Ansätze sind zu erkennen. Die Situation hat sich geändert, nicht nur in der Schweiz, auch in anderen europäischen Ländern kann über die Konstruktion EU und deren Sinn offener gesprochen werden.”

Aber hängt diese Entwicklung nicht auch mit Ihrer Wahl vom umstrittenen Oppositionspolitiker zum Bundesrat zusammen?

“Es mag etwas damit zu tun haben. Doch noch bis vor etwa zwanzig Jahren wurden die offizielle Politik und die Politiker immer wieder hart kritisiert. Das schadete der Politik keineswegs. Medienschelte führt nicht automatisch dazu, dass Politiker von Bürgerinnen und Bürgern verachtet werden, zumindest dann nicht, wenn sie nichts Unehrenhaftes getan haben. Anders in den kommunistischen Ländern: Da durften die Medien keine Kritik üben und mussten die Politik der Regierenden loben. Seit den Achtzigerjahren entwickelte sich auch bei uns in den grossen politischen Fragen ein unheimlicher Einheitsbrei. Es war eine Modeerscheinung. Die Presse, das Fernsehen, das Radio verbandelten sich unkritisch mit der offiziellen Politik. Das weckte und weckt immer mehr Misstrauen. Sachliche Kritik und Meinungsvielfalt waren noch nie Ursache für politische Fehlentwicklungen, im Gegenteil: Das dauernde Infragestellen führt zu besseren Lösungen. Gerade dort, wo alle unkritisch dem Gleichen nachrennen, wo das gegenseitige Abschreiben zur Routine wird und Einheitsmeinungen vorgeschrieben werden, sind Fehlentwicklungen programmiert. Darum unterbinden Diktatoren als Erstes die freie Meinungsäusserung. Die direkte Demokratie lebt von der Meinungsvielfalt. Voraussetzung für eine echte Meinungsvielfalt ist die Meinungsäusserungsfreiheit.

Ohne Meinungsäusserungsfreiheit ist eine Demokratie – vor allem die direkte – nicht möglich. Darum müssen wir dafür kämpfen. Die Meinungsfreiheit führt zu besseren Verhältnissen im Staat.

Ich hatte dieses Jahr am Sechseläuten ein längeres Gespräch mit dem von der gleichen Zunft eingeladenen Ehrengast, dem früheren Weltwoche-Chef und heutigen Chefredaktor der Welt, Roger Köppel. Für ihn (der sowohl die Schweiz wie jetzt auch Deutschland gut kennt) ist es immer noch faszinierend, wie frei von jeglicher Parteimaxime sich Schweizer Politiker artikulieren können. Er sprach meine Zunftrede an. Regierungs- und Parlamentsmitglieder sollten möglichst oft vor nicht politisch organisierten Bürgerinnen und Bürgern antreten, ihnen in die Augen schauen, ihnen zuhören, ihre Kritik über sich ergehen lassen, aber ihnen auch erklären und entgegenen. Regierungen und Parteien neigen erfahrungsgemäss dazu, eine andere Sicht der Dinge als persönlichen Angriff zu betrachten. Also versuchen sie, andere Meinungen zu unterdrücken. Hier sollten die Medien eingreifen und selbstständig kritisieren oder Kritikern Raum geben.”

Als Nationalrat standen Sie unter Dauerbeschuss der Medien und Politiker. Begegnen Ihre Kritiker Ihnen nun anders?

“Einzelne Journalisten, die meine Arbeit seit langem verfolgen, kennen mich heute besser und schreiben objektiver. Von anderen Blättern – wie der Blick schon seit Jahren –, die mich als Bundesrat à tout prix verunglimpfen wollen, damit ich nicht mehr gewählt werde –, kann man dies offenbar nicht erwarten. Andererseits halte ich als Bundesrat mit meiner persönlichen Meinung zurück und biete so natürlich auch weniger Angriffsfläche.”

Trotzdem führten einige Ihrer Kommentare und Reden zu landesweiten Reaktionen. Wann äussern Sie sich frei?

“Wenn ich für die Regierung oder mein Departement spreche, nehme ich die Funktion eines offiziellen Sprechers ein. Da bin ich zwangsweise in meiner persönlichen Meinung eingeengt. Doch Bundesräte dürfen keine Eunuchen sein. Grundsatzbetrachtungen oder politische Grundsatzklärungen, Betrachtungen über die Schweiz der Zukunft zum Beispiel oder die Schweiz der Vergangenheit müssen auch Bundesräte frei äussern können, sonst verkommen sie zu kleinlichen Funktionären. Grundsatzantworten – vor allem wenn sie in die Tiefe gehen und etwas Originelles enthalten – rufen selbstverständlich Diskussionen und Reaktionen hervor, das ist eben die Meinungsfreiheit.”

Aber haben Ihnen Ihre Bundesratskollegen noch nie vorgeworfen, dass Sie durch solche Aussagen die Institution Bundesrat verletzen?

“Einzelne Mitglieder ziehen die Grenze enger als andere. Im Bundesrat sitzen sieben Vertreter aus vier

Parteien. Da können doch unmöglich alle sieben das gleiche Welt- und Zukunftsbild vertreten. Ein erlebtes Beispiel: Beim letzten Rütli-Rapport 2005 gaben die Organisatoren auch einem Jungen aus der welschen Schweiz das Wort. Er kritisierte die Politiker, die Regierung, also auch mich, hart. Wörtlich meinte er, dass die Politiker mehr das eigene Wohl als das des Landes verträten. Jemand fragte mich: ‘Lassen Sie sich das als Bundesrat gefallen?’ Meine Antwort: ‘Warum denn nicht? Hat er nicht das Recht, uns zu kritisieren? Das ist seine Meinung. Wer das nicht erträgt, kann ihm auch nicht das Wort geben. Nur die Regierung, die ihre Kritiker ernst nimmt, spürt die Befindlichkeit der Bürger.’ Insofern hat auch die Presse eine entscheidende Aufgabe: einen Sachverhalt wertfrei, objektiv darzustellen, damit derjenige, der nicht dabei war, ein realistisches Bild bekommt. Andererseits soll sie das Ganze kommentieren, aber so, dass man merkt, dass es sich um eine persönliche Meinung handelt. Völlig falsch wird es, wenn beides vermischt wird, was leider immer öfters vorkommt.”

Sind Sie wirklich so immun gegen negative Kritik, wie Sie behaupten?

“Es mag den Anschein erwecken. Nein, nein – immun keineswegs. Kritik empfinde auch ich meist als lästig. Ich versuche stets, die Absicht des Kritikers zu ergründen. Ist der Ursprung Neid oder Missgunst, was in der Politik häufig ist, dann hat man darüber hinwegzugehen. Oder steckt eine kurz- oder langfristige Absicht der Verunglimpfung dahinter, dann hat man nicht zu reagieren. Das können ganze Verlage, einzelne Zeitungen oder auch nur einzelne Journalisten sein. Ist es aber wirklich das Bemühen, meine Taten, Absichten, Worte, – kurz – meine Politik infrage zu stellen, um anderes zu bewirken, dann nehme ich die Kritik sehr ernst. Ich musste mich oft infrage stellen lassen, mehr als andere Politiker. Sich infrage stellen lassen schadet in der Regel nicht. Manchmal ist sogar die Kritik eines Böswilligen, der nichts anderes als Verleumdung und Verunglimpfung will, hilfreich. Wer Dauerkritik ausgesetzt ist, muss seine Auffassungen schon gut überlegt haben.”

Sie haben einige Male den Begriff Einheitsbrei verwendet. Woher stammt dieser?

“Ich weiss nicht, woher der Begriff kommt. Ich finde ihn gut. Er ist das Gegenteil von abwechslungsreicher Vielfalt. In den Siebzigerjahren, als ich zu politisieren begann, empfand ich bei der Presse noch eine Meinungsvielfalt. Es war Usus, dass die Journalisten – schon damals mehrheitlich links – den Bundesrat und die bürgerlichen Parteien in der Luft zerrissen haben. Später rückten immer mehr Bürgerliche nach links, was den Journalisten gefiel. Linke und bürgerliche Parteien vereinten sich in einer wohligen Harmonie, mit der

Presse als Sprachrohr. Die Kritik an der offiziellen Politik verschwand und die Politik verschlechterte sich: Zunehmende Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger, Verschuldung, Ausgabensteigerungen, die Erhöhung der Zwangsabgaben, die teilweise Preisgabe der staatlichen Souveränität waren die Folge. Nun kam die Opposition von bürgerlicher Seite. Dies war die Geburtsstunde der heutigen SVP. Sie hielt das Banner eines liberalen, unabhängigen Staates als Erfolgsrezept Schweiz hoch – wie dies vorher die bürgerlichen Parteien getan hatten – und erntete damit heftige Kritik, aber auch Wahlerfolge. Obwohl sie ihr Gedankengut seit 1917 nicht grundsätzlich verändert hat, stand sie plötzlich allein und musste daher ihre Anliegen immer pointierter und provokativer vertreten. Gleichzeitig fanden sich immer weniger Journalisten, die eine von der Mehrheit abweichende Meinung vertreten wollten oder konnten. In den grossen Fragen gab es nicht mehr eine Meinungsvielfalt, sondern eben einen Einheitsbrei, versteckt hinter einer Zeitungstitelvielfalt. Bei der EWR-Abstimmung war dies besonders ausgeprägt. Die Medien führten plötzlich Kampagnen und vergassen ihre Informationsaufgabe. Dies hielt sich für einige Jahre. Umso erfreulicher ist der Beginn einer Gegenbewegung.”

Im Bundeshaus sind hunderte von Informationsbeauftragten beschäftigt. Kann man diesen überhaupt glauben?

“Medien, die meinen, man könne die Äusserungen der Informationsbeauftragten unkritisch übernehmen, verstehen ihre Sache nicht. Die Aussage eines staatlichen Sprechers hat nicht automatisch eine höhere Glaubwürdigkeit. Misstrauen ist die höchste Pflicht der Journalisten. Wohl selten wird mit Absicht falsch informiert. Aber es wird nur eine Sicht der Dinge dargestellt, nämlich diejenige der Verwaltung und der Regierung. Ist diese gut durchdacht, kann man sie infrage stellen, ohne dass sie sogleich zusammenbricht. Bricht sie allerdings zusammen, war sie auch nichts wert.”

Was heisst das konkret?

“Informationsbeauftragte entwickeln sich häufig zu PR-Fachleuten. Sie glauben, das Wichtigste an guter Kommunikation sei das Verhindern negativer Folgeartikel. Dadurch entsteht die Gefahr bengalisch beleuchteter Informationen. Tatsachen werden geschönt, unterschlagen, verfälscht und mit einem amtlichen Stempel versehen. Dadurch wird das Problem verschleiert, statt dass über dessen Lösung gestritten wird. Die Information hat als ersten wesentlichen Auftrag, den Sachverhalt und das Problem sachgerecht darzustellen. Der zweite umfasst die Umschreibung der Problemlösung, und diese kann und muss man selbstverständlich infrage stellen, denn ein Entscheid ist nie gut, sondern immer die am wenigsten schlechte Variante, die man geprüft hat. Vielleicht gibt es ja eine

bessere. Vielleicht ist sie zu wenig durchdacht oder politisch nicht durchsetzbar. Das muss die Diskussion, die Kritik, das Erstreiten ergeben. Darin hat die Pressearbeit ihre zentrale Bedeutung.”

Ist Ihnen dies auch schon passiert?

“Seit ich im Bundesrat bin, fand ich bei den grossen Themen im Parlament eine Mehrheit. Gewisse Anliegen, die ich im Bundesrat vertrete, brachte und bringe ich nicht durch, weil der politische Wille fehlt, zum Beispiel bei den Bestrebungen, die Steuern und Ausgaben wesentlich zu senken. Ich habe schon falsche Entscheidungen getroffen, weil man mir falsche Zahlen gab. Dies war zum Beispiel bei meinem Amtsantritt der Fall, als mir die Verwaltung geschönte Asylzahlen vorlegte. Voller Wut sagte ich meinen Leuten: ‘Ihr müsst mir nicht jene Zahlen präsentieren, die euren Wünschen entsprechen. Ihr müsst die richtigen Zahlen präsentieren, obwohl diese für uns unangenehm sind und uns zu Taten zwingen.’ Früher war es für wirtschaftliche Unternehmen Mode, ebenfalls geschönte Zahlen zu veröffentlichen. Sie glaubten, gute Nachrichten seien das Wichtigste, und unterliessen es, ihre Probleme bekannt zu geben, was deren Lösung behinderte. Dies hat sich in der Wirtschaft stark geändert. Erstens kommen solche Manipulationen immer ans Tageslicht, und zweitens ist der Verlust der Glaubwürdigkeit etwas vom Schlimmsten.”

Was haben Sie eigentlich dem neuen Bundesratssprecher Oswald Sigg mitgeteilt?

“Als Oswald Sigg für dieses Amt vorgeschlagen wurde, bat ich ihn zu einem Vorgespräch. Ich kann mich nicht für jemanden entscheiden, den ich nicht kenne. Ich habe ihm meine Bedenken über seine Wahl dargelegt. Sigg hatte sich in der Vergangenheit immer wieder als linker Partei- und Gesinnungsgenosse erwiesen. Die politische Auffassung eines Bundesratssprechers darf keine Rolle spielen. Politik wird einzig durch die Bundesräte ins Gremium gebracht. Sigg hat dies schnell erkannt und machte geltend, er habe bereits unter den beiden SVP-Bundesräten Ogi und Schmid gedient. Seine Aufgabe sei es, die Regierungsentscheide und ihre Findung zu beobachten und anschliessend zu kommunizieren, warum und wieso man welchen Entscheid gefällt habe. Auf meinen Einwand, dass es noch ein Amtsgeheimnis gäbe, hat er an einem Einzelfall sein beabsichtigtes Arbeitsprinzip vorgestellt. Dies hat mir nicht schlecht gefallen. Wenn der Auftrag wirklich ernst genommen wird, dann spielt die private politische Meinung tatsächlich eine untergeordnete Rolle. Darum gehört der Auftrag in den Mittelpunkt, dann kommt es eigentlich selten schlecht.”

Themenwechsel: Welches ist für Sie das mächtigste Medium der Schweiz?

“Beeinflussung in Angelegenheiten, die das Volk vom Alltag her erkennt, ist relativ schwierig. Zum Beispiel können die Medien in der Ausländerfrage lange schreiben. Das Volk glaubt nichts, was seinen eigenen Beobachtungen widerspricht. In anderen Dingen, bei denen das Volk keinen Einblick in die Gegebenheiten hat, ist die Wirkung der Medien wohl grösser. Einen Haupteinfluss dürfte hier das Fernsehen haben, weil viele Leute das Fernsehen als einzige Nachrichtenquelle benutzen. Da die Schweiz nur einen landesweiten Sender hat, ist dessen Verantwortung besonders hoch anzusetzen. Grossen Einfluss haben die Medien allerdings bei den führenden Leuten, vor allem bei den Politikern. Der Blick zum Beispiel – also eine Boulevardzeitung – wird von Bundesräten, Verwaltung und Parlamentariern ernster genommen als von der breiten Bevölkerung! Das kann so weit gehen, dass Politiker falsche Blick-Darstellungen über Gegebenheiten, bei denen die Politiker selber dabei waren und die sie aus eigener Erfahrung kennen, als wahr bezeichnen. Sie glauben den Medienlügen plötzlich mehr als der selbst erlebten Wirklichkeit. Friedrich Dürrenmatt hat dieses Phänomen in seinem Roman ‘Justiz’ sehr schön dargestellt: In einem Zürcher Restaurant wird ein Germanistikprofessor erschossen. Alle Gäste sind Augenzeugen des Vorfalls. Alle haben den Mörder gesehen und wissen, wer es ist. Doch im Nachhinein wird die Realität durch die veröffentlichte Meinung so verstellt und so lange verdreht, bis ein Nichtbeteiligter des Mordes bezichtigt wird und bis schlussendlich alle – auch diejenigen, die beim Mordfall dabei waren – der Meinung sind, dieser Unschuldige sei der Mörder. Selbst die Augenzeugen sind plötzlich dieser Meinung – weil sie zum Mainstream gehören wollen. Diese ‘Anpassung’ nehme ich den Politikern übler als der Presse, die die Wirklichkeit entstellt. Wer immer dazugehören und gelobt werden will, kann keine unabhängige Politik betreiben und keine sachgerechten Führungsentscheide fällen.”

Gerade Ihre eigene Karriere widerlegt die These, wonach man immer auf die Medien angewiesen sei.

“Die Medien sind wichtig. Sie informieren – oder sollten informieren. Auch ich bin darauf angewiesen, vor allem auf die Information, weniger auf ihr Urteil. Ein Beobachter schrieb mir kürzlich: ‘Ein Grossteil Ihrer Glaubwürdigkeit besteht darin, dass Sie trotz permanenter Kritik vorangehen...’ Max Frenkel hat in der NZZ am Sonntag die Situation wie folgt geschildert: ‘Es ist des Schweizers angeborenes Menschenrecht, Christoph Blocher nicht zu mögen. Oder ihn zu mögen, auch wenn Letzteres am Rande des politisch noch Korrekten liegt.’ Wer die political correctness verlässt und die Sache so erledigt, wie er sie für richtig hält, erntet viel Kritik, aber auch viel Vertrauen. Vor allem, wenn er die Sache richtig gemacht hat. Churchill, eine

viel bedeutendere Persönlichkeit, musste die gleichen Erfahrungen machen. Was wurde der in den Dreissigerjahren verunglimpft! Sogar von der BBC wurde er als Redner ausgesperrt, weil er vor den Gefahren der Hitler-Diktatur warnte. Seine Haltung und sein Stil waren gegen die damalige political correctness. Erst als es keinen anderen Ausweg mehr gab und Europa im Elend zu versinken drohte, wurde der Buhmann zum Retter. Nach seiner Wahl als Premierminister bedankte sich Churchill nicht für das ‘mir entgegengebrachte Vertrauen’, sprach nicht von ‘Herausforderungen’, sagte nicht, es sei ein ‘Challenge’ oder ‘es macht Spass’, sondern er blieb realistisch: Einzig ‘Blut, Schweiß und Tränen’ versprach er der Nation, was der damaligen Situation allein angemessen war. Churchills Stärke war, der Kritik Stand gehalten zu haben.”

Solche Kritik ärgert Sie trotzdem ...

“Ärgern vielleicht schon, aber – da oft keine Substanz vorhanden ist – meist nicht lange! Kritiker ohne Inhalt, die dank Beziehungen zu den Medien zu Wort kommen, haben keine Wirkung. Es gibt in unserer Medienwelt anscheinend einige Exponenten, die auf Abruf zu jedem beliebigen Thema ihre Meinung abgeben können, ähnlich wie ein Getränkeautomat auf Münzeinwurf. Vor allem Personen mit Professorentitel sind gefragt, was diesem akademischen Stand nicht gerade zu erhöhtem Ansehen verhilft.”

Welche Zeitungen lesen Sie?

“Mein Pressedienst hat mir bis morgens um 11 Uhr auf maximal zwei Seiten die wichtigsten Meldungen, die mein Departement und den Bundesrat betreffen, zusammenzufassen, zu analysieren und einen Antrag zu stellen, ob und was allenfalls getan werden muss. Mehr oder weniger regelmässig lese ich am Abend die Neue Zürcher Zeitung wegen ihres Auslands- und Wirtschaftsteils. Dazu kommen Teile von Le Temps und den drei Wochenzeitungen Weltwoche, Facts und Das Magazin. Zusätzlich habe ich noch das Wall Street Journal abonniert. Auf der morgendlichen Fahrt von Herrliberg nach Bern lese ich zusätzlich im Tages-Anzeiger. Einzelne Journalisten sind mehr zu beachten, andere weniger.”

Themenwechsel: Lesen Sie die Kommentare von Christoph Mörgeli bereits vor deren Publikation?

“Wie kommen Sie denn auf eine solche Frage? Ich lese sie in der Weltwoche. Christoph Mörgeli gilt heute in Fachkreisen im gesamten deutschen Sprachraum als einer der begabtesten Kolumnisten. Das ist allein seine Leistung.”

Sie wussten also nicht, dass er seine – mittlerweile berühmte – Samuel-Schmid-Kritik bringen wird?

“Nein, nein ...”

Und wie haben Sie darauf reagiert?

“Brillant formuliert, aber inhaltlich hätte er das über Samuel Schmid besser weggelassen. Aber Ratschläge gebe ich ihm keine.”

Gab es wegen dieser Kolumne im Bundesrat viel zu reden?

“Sie haben ja davon gelesen. Doch obwohl ja auch darüber viel verzerrte Indiskretion nach aussen gedrungen ist, fühle ich mich ans Amtsgeheimnis gebunden.”